

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Erstellung einer Studie „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – Umgangsstrategien und Unterstützungsstrukturen von Betroffenen“

1. Auftraggeber

Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Kapelle-Ufer 2
10117 Berlin

2. Kommunikation und Fragen

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.bafza.de/aufgaben/zentrale-vergabestelle.html>

Darüber hinaus können die Unterlagen bei folgender genannten Kontaktstelle schriftlich - auch per E-Mail oder Fax - angefordert werden:

Bundesamt für Familie
und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA)
Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ
Daniela Schäfer
Von-Gablenz-Str. 2-6
50679 Köln
Fax: 0221 3673 – 4664

Fragen sind bis zum 19.04.2018 schriftlich, per Fax oder per E-Mail an zentrale-beschaffung@bafza.bund.de zu stellen.

Die Fragen werden schriftlich beantwortet.

Die Antworten werden als Ergänzung unter <http://www.bafza.de/aufgaben/zentrale-vergabestelle.html> bekannt gemacht.

Soweit die Beantwortung ergänzende oder berichtigende Angaben für die Ausschreibung enthält, werden sie als Ergänzungen zur Ausschreibung auf der Internetseite www.bund.de veröffentlicht.

Enthält die Ausschreibung nach Auffassung der Bieterin/des Bieters Unklarheiten, so hat sie/er das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ, unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

3. Kategorie der Dienstleistung

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes beabsichtigt, in öffentlicher Ausschreibung gem. § 8 Abs. 1 und 2 i.V.m. § 9 UVgO die Erstellung einer Studie „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – Umgangsstrategien und Unterstützungsstrukturen von Betroffenen“ zu vergeben.

4. Auftragsgegenstand

In Auftrag gegeben wird eine Studie zum Thema „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – Umgangsstrategien und Unterstützungsstrukturen von Betroffenen“.

Schwerpunkte der ausgeschriebenen Studie sind die vertiefte Erforschung der Formen von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz mit Fokus auf die Betroffenen und deren Umgang damit sowie die Gelingens- und Verhinderungsbedingungen für ein erfolgreiches Vorgehen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Daran anknüpfend sollen effektive, nachhaltige Präventionsmaßnahmen und praxisnahe Handlungsempfehlungen für Betroffene, Arbeitgeber, Unterstützungsstrukturen und den Gesetzgeber entwickelt werden.

In der Bearbeitung der Thematik sexuelle Belästigung ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) der hauptsächliche rechtliche Bezugsrahmen der Studie. In der Studie sollen sowohl qualitative als auch quantitative Methoden zur Anwendung kommen. Der Studienschwerpunkt soll auf der qualitativen Erhebung liegen, um vertiefende Erkenntnisse zu bisher wenig beleuchteten Fragen zur Problematik der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz zu gewinnen. Gleichzeitig soll durch eine erneute repräsentative Befragung von Beschäftigten Prävalenzen von und der Umgang mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz vor dem Hintergrund des AGG erhoben werden.

Die geplante Studie soll auf die Erfahrungen von sexueller Belästigung Betroffener fokussieren und dabei folgende Zielstellungen verfolgen:

- Gewinnung eines vertieftes Verständnisses, welche Faktoren, Maßnahmen oder Konstellationen die Betroffenen tatsächlich dabei unterstützen, sich erfolgreich gegen sexuelle Belästigung zu wehren
- Erkenntnisgewinn bezüglich Verhinderungsfaktoren und Hürden, an denen eine erfolgreiche Bearbeitung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz scheitert
- Erkenntnisse über effektive Präventionsmaßnahmen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz aus der Sicht der Betroffenen, Expert_innen (betriebsintern und betriebsextern) sowie Arbeitgebern
- Gewinnung aktueller Zahlen zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz (Frauen und Männer) mit Fokus auf Vorkommen von sexueller Belästigung, unterschiedlichen Formen von sexueller Belästigung und Umgang mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz

Die Studie soll Antworten auf die folgenden allgemeinen Forschungsfragen liefern. Dabei sollten die Auftragnehmer_innen entscheiden, in welchen Teilen der Untersuchung (qualitativ und/oder quantitativ) am besten Erkenntnisse zu den Fragen gewonnen werden können.

Vorkommen von sexueller Belästigung: Wer ist von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz betroffen? Welche Formen von sexueller Belästigung werden erlebt? Wie wird das Erlebte eingeordnet? Welche Altersgruppen, Beschäftigungsverhältnisse, Organisationsstrukturen oder

Merkmalsgruppen sind besonders gefährdet? Welche organisationalen Rahmenbedingungen erhöhen bzw. reduzieren das Risiko für sexuelle Belästigung?

Erfahrungen Betroffener: Welche Erfahrungen machen Betroffene während und nach sexueller Belästigung am Arbeitsplatz? Was sind typische Umgangsstrategien mit sexueller Belästigung? Wo suchen sich Betroffene Unterstützung? Wo finden sie Ansprechpartner_innen und wie ist die Erfahrung mit diesen? Welche positiven und negativen Erfahrungen machen die Betroffenen, die sich gegen sexuelle Belästigung wehren? Wie wirkt sich der (Beschwerde)Prozess auf das weitere Verhältnis der Betroffenen mit Vorgesetzten und Kolleg_innen und Aufgabengebiete aus? Welche Herausforderungen und Bedarfe werden von den Betroffenen gesehen?

Perspektive von und auf Unterstützungsstrukturen: Welche Erfahrungen machen die Anlauf- und Beratungsstrukturen (wie z.B. Fachberatungsstellen wie die des bff, Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ etc.)? Wie wurde seitens der Arbeitgeber und allgemein am Arbeitsplatz mit der sexuellen Belästigung umgegangen? Wer hat die Betroffenen wie und mit welchem Ergebnis unterstützt? Haben sich Betroffene an die AGG Beschwerdestelle im Betrieb gewandt? Welche Rolle spielten Richtlinien oder Dienstvereinbarungen?

Effektive Präventions- und Bearbeitungsstrategien: Welche Rolle spielt das AGG beim Vorgehen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz? Welche Rolle spielt der Rechtsweg (Klage)? Welche Strategien können für Arbeitgeber und Betroffene aus der Rechtsprechung zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz abgeleitet werden? Welche Strategien beim Vorgehen bzw. Schutz vor sexueller Belästigung sind effizient und warum? Was sollte getan werden, um Betroffene besser vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz zu schützen? Welche Maßnahmen gibt es in Deutschland und ggf. in anderen EU Ländern?

Von den Auftragnehmer_innen werden folgende Leistungen erwartet:

- A) Erstellung eines Kurzüberblicks über den aktuellen deutschen und europäischen Forschungsstand sowie der deutschen Rechtsprechung zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
- B) Durchführung und Auswertung einer repräsentativen Erhebung unter Beschäftigten zu Erleben von und Umgang mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
- C) Qualitative Befragung von Betroffenen, Expert_innen (betriebsintern und extern) und ausgewählten Betrieben
- D) Auswertung, Analyse und Zusammenführung aller gewonnenen Daten und Erstellung eines zusammenfassenden Studienberichts mit Handlungsempfehlungen
- E) Auftakttreffen und Abschlusspräsentation in den Räumen der ADS

Eine enge Kooperation und Abstimmung mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes bezüglich der einzelnen Leistungen (u.a. durch regelmäßige Zwischenberichte und Besprechungen) wird erwartet. Die ADS steht ihrerseits als Ansprechpartner und für Rückfragen während der Projektlaufzeit zur Verfügung.

5. Die Gesamtleistung bildet ein Los

6. Nebenangebote sind nicht zulässig

7. Auftragszeitraum

Auftragsbeginn ist voraussichtlich am 21.05.2018

8. Ort der Leistungserbringung

Deutschlandweit

9. Verbot von Änderungsvorschlägen

Ja

10. Sprache

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

Der Schriftverkehr mit dem Auftraggeber ist in deutscher Sprache zu führen.

11. Kosten

Für die Erstellung des Angebots werden keine Kosten erstattet.

12. Kautions und sonstige Sicherheiten

Werden nicht verlangt.

13. Bietergemeinschaften (falls zutreffend)

Bietergemeinschaften haben in dem Angebot sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie einen bevollmächtigten Vertreter/eine bevollmächtigte Vertreterin zu benennen. Im Falle der Beauftragung haftet die Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch. Der Auftraggeber erwartet auch im Fall einer Bietergemeinschaft die geschlossene Erbringung der Leistung aus einer Hand. Die unter den Punkten **15. a. - e.** geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

14. Unterauftragnehmer

Die Bieterin/Der Bieter hat Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die sie/er an Unterauftragnehmerinnen/Unterauftragnehmer übertragen will und diese spätestens vor Zuschlagserteilung namentlich zu benennen.

Sofern sich Bieterinnen/Bieter zum Nachweis ihrer/seiner Eignung auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmens beruft, hat sie/er die zu den Punkten **15. a. - d.** geforderten Nachweise auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen.

15. Hinweise zur Abgabe des Angebots

- Die Bieterin/Der Bieter hat besondere Sorgfalt bei der Erstellung der Unterlagen walten zu lassen.
- Die vorgegebene Reihenfolge soll eingehalten werden.
- Zum **Nachweis der Eignung** sind folgende Unterlagen dem Angebot beizufügen:

Fehlende Unterlagen können zum Ausschluss führen.

- a. Kurze Darstellung des sich bewerbenden Unternehmens/ der sich bewerbenden Institution (Organisation, Eigentümer, Beschäftigte)
- b. Nennung der verantwortlichen Person(en) (bezogen auf das Unternehmen/die Institution)
- c. Eigenerklärungen nach § 31 UVgO i.V.m. §§ 123, 124 GWB analog. Der Bewerber/Die Bewerberin hat seine/ihre Zuverlässigkeit nachzuweisen. Hierzu sind mit dem Angebot ausgefüllte und unterschriebene Eigenerklärungen vorzulegen, die u.a. beinhalten, dass der Bewerber/die Bewerberin sich nicht in einem Insolvenzverfahren oder vergleichbaren gesetzlichen Verfahren befindet und seinen/ihren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- d. Aktuelle Gewerbezentralregisterauskunft bzw. Eigenerklärung, dass nachweislich die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen
- e. Nachweis über Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherungsdeckung bzw. Eigenerklärung, dass im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird.
- f. Erklärung zur Bietergemeinschaft gem. Punkt 13 (falls zutreffend)
- g. Erklärung zu Unterauftragnehmerinnen/Unterauftragnehmern gem. Punkt 14 (falls zutreffend)
- h. Angabe der Namen und der beruflichen Qualifikation der Personen, die im Falle einer Beauftragung zuständig sein werden
- i. Darstellung der wissenschaftlichen Qualifikation (Nachweis Kenntnisse in der empirischen quantitativen und qualitativen Sozialforschung), Zugang zum Feld, Erfahrungen mit ähnlichen Aufträgen des sich bewerbenden Unternehmens /der sich bewerbenden Institution

Die ADS legt Wert auf eine qualitative hohe Erfüllung der Aufgabe. Die Eignung der Bieterinnen/Bieter wird anhand des mit den Vergabeunterlagen übersandten Bewertungsrasters bewertet.

- Im Hinblick auf die **Wertung** der Angebote müssen folgende Anlagen beigefügt werden.
Fehlende Unterlagen können zum Ausschluss führen.
 - j. Unterschriebener Angebotsvordruck (Anlage 1 der Vergabeunterlagen)
 - k. ein Kurzexposé (max. 15 Seiten), aus dem sich die geplante Vorgehensweise, Umsetzung der einzelnen Arbeitsschritte ergibt;
 - l. detaillierter Zeitplan;
 - m. Vergütungsvorstellungen sowie ein detaillierter Kostenplan, bei dem die Kosten für die alle Leistungen im Einzelnen ausgewiesen werden müssen;
 - n. Erklärung, dass der Vertrag (Anlage X der Vergabeunterlagen) in der übersandten Form akzeptiert wird.
- Der Angebotsvordruck (Anlage 1 der Vergabeunterlagen) ist zu unterschreiben (keine digitale, gefaxte oder gescannte Unterschrift).
- Der unterschriebene Angebotsvordruck einschließlich aller Anlagen ist zweifach (einmal im Original und einmal auf handelsüblichem Datenträger) ausschließlich auf dem Post- bzw. Botenweg in einem fest verschlossenen Umschlag gekennzeichnet mit der Aufschrift „Nicht öffnen! Angebot Studie sex. Belästigung“

beim

**Bundesamt für Familie
und zivilgesellschaftliche Aufgaben
Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ
Daniela Schäfer
Von-Gablenz-Str. 2-6
50679 Köln**

einzureichen.

- Das Angebot ist bis zum **27.04.2018 10:00 Uhr** einzureichen
Maßgeblich ist der Eingangsstempel des Bundesamtes bzw. die Eingangsbestätigung bei persönlicher Übergabe oder Übergabe durch Boten. Die Bieterin/Der Bieter hat sicherzustellen, dass über Zustell- oder Kurierdienste versendete Angebote innerhalb der Frist zur Einreichung der Angebote bei der genannten Kontaktstelle eingehen. Ein Verschulden der Zustell- oder Kurierdienste wird der Bieterin dem/Bieter zugerechnet.
Verspätet eingehende Angebote können nicht berücksichtigt werden.
- Angebote, die per e-Mail oder Fax eingehen, müssen ausgeschlossen werden.

16. Kriterien für die Auftragsvergabe

Der Zuschlag wird gemäß § 43 Abs. 1 UVgO auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Der niedrigste Angebotspreis ist nicht entscheidend.

Für die Angebotswertung im Hinblick auf die Erteilung des Zuschlags erfolgt die Wertung anhand der in den Vergabeunterlagen genannten Kriterien und Gewichtung.

17. Vertrags- und Zahlungsbedingungen

Vertragsgrundlage ist der Vertragsentwurf, der mit den Vergabeunterlagen übersandt wird. Die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführungen von Leistungen (VOL/B) werden im Falle der Zuschlagserteilung Bestandteil des Vertrages.

Die Geltendmachung Allgemeiner Geschäftsbedingungen des Bieters/der Bieterin führt zum Ausschluss.

18. Hinweis zu nicht berücksichtigten Angebote

Mit Abgabe eines Angebots unterliegen nicht berücksichtigte Bieter/Bieterinnen den Bestimmungen des § 46 UVgO.

19. Bindefrist

Bindefrist endet am 31.07.2018

Köln, XXXXXXXX